

Frau Franziska Schneider
Herr Jan Wendt

Familienpartei
Die Andere

entschuldigt
entschuldigt

sachkundige Einwohner

Frau Jacqueline Krüger
Herr Horst Siebenhaar
Herr Andreas Vogel

FDP
Seniorenbeirat
DIE LINKE

entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt

Gäste:

Frau Holtkamp (Verbindliche Bauleitplanung – TOP 3.6)

Herr Schenke (Grün- und Verkehrsflächen, Bereich Verwaltung/Finanzmanagement – TOP 3.4, 3.11 und 3.12)

Herr Werner (Bildung - TOP 3.7)

Herr Domnick (Beteiligungsmanagement – TOP 3.1 und 3.10)

Frau Kluge (Ordnung und Sicherheit – TOP 3.5 und 4.1)

Herr Männecke (Rederecht zu TOP 3.4)

Niederschrift:

Frau Kropp

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung

- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 20.08.2013 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 3.1 Buslinien 605 und 606
Vorlage: 13/SVV/0323
Fraktion Potsdamer Demokraten
und OBR Golm und Eiche

 - 3.2 Sitzungskalender 2014
Vorlage: 13/SVV/0416
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
alle Ausschüsse

 - 3.3 Fußgängerampel Bushaltestelle Römerschanze

Vorlage: 13/SVV/0491
Fraktion CDU/ANW

- 3.4 Straßenreinigungssatzung 2014/15 - Differenzierung der Reinigungsklasse 3
Vorlage: 13/SVV/0496
:Fraktion SPD
- 3.5 3. Änderungssatzung Abfallgebührensatzung (Abfallgebühren 2014)
Vorlage: 13/SVV/0506
Oberbürgermeister, FB Ordnung und Sicherheit
- 3.6 Bebauungsplan Nr. 25-1 "Hegemeisterweg" Abwägung und Satzungsbeschluss
Vorlage: 13/SVV/0508
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
SB (ff)
- 3.7 Schulwegsicherheit an der Neuen Grundschule Babelsberg
Vorlage: 13/SVV/0533
Fraktion SPD
B./Sp. (ff)
- 3.8 Errichtung eines Havelstrandbades Potsdam - West
Vorlage: 13/SVV/0540
Fraktion CDU/ANW
FA, SB, B./Sp. (ff)
- 3.9 Theodor-Echtermeyer-Straße als verkehrsberuhigter Bereich
Vorlage: 13/SVV/0544
Fraktion CDU/ANW
- 3.10 Untersuchung zum fahrscheinlosen ÖPNV
Vorlage: 13/SVV/0517
Oberbürgermeister, Beteiligungsmanagement
SB
- 3.11 Bekämpfungsmaßnahmen gegen den Eichenprozessionsspinner in 2013
(Erfahrungsbericht)
Vorlage: 13/SVV/0549
Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen
- 3.12 Prioritätenliste Winterreinigung
Vorlage: 13/SVV/0550
Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen

- 4 Mitteilungen der Verwaltung

- 4.1 Information zum Einsammeln, Befördern bzw. zur fachgerechten Verwertung von Alttextilien und Altschuhen in der Landeshauptstadt Potsdam
Bereich Ordnung und Sicherheit

- 5 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Heuer, eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 20.08.2013 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 9 von 11 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Ausschuss beschlussfähig.

Bestätigung der Niederschrift vom 20.08.2013

Zur Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung vom 20.08.2013 erinnert Herr König daran, dass er sich per e-mail beim Ausschussvorsitzenden entschuldigt habe und bittet in der Anwesenheit statt teilgenommen entschuldigt festzuhalten.

Herr Menzel greift den TOP Sonstiges auf. Hier hatte er den Beschluss zur Entwicklungsmaßnahme Kasernengelände Krampnitz angesprochen und gebeten, in der nächsten Sitzung zu den verkehrlichen Untersuchungen zu informieren. Herr Klipp hatte auf die sich entsprechend Beschlusslage im Geschäftsgang befindliche Berichterstattung verwiesen. Herr Menzel bittet die Mitteilungsvorlage im KOUL-Ausschuss zu behandeln.

Der Ausschussvorsitzende informiert, dass die angesprochene Mitteilungsvorlage in der STVV September 2013 zur Kenntnis genommen worden ist, sie jedoch im KOUL-Ausschuss im Rahmen der Selbstbefassung auf die Tagesordnung genommen werden könnte.

Herr Menzel stellt den GO-Antrag, die MV Krampnitz im Wege der Selbstbefas-

sung auf die TO der nächsten KOUL-Ausschusssitzung zu nehmen. Er begründet dieses mit der Wahrnehmung der Kontrollaufgaben und verweist darauf, dass erst die verkehrlichen Untersuchungen und die Untersuchungen des Immissions-schutzes abgearbeitet werden sollten, bevor in städtebaulicher Sicht weiter gearbeitet wird.

Herr Kirsch spricht dagegen, da die von Herrn Menzel angesprochenen Inhalte noch nicht in der Mitteilungsvorlage thematisiert worden sind.

Der GO-Antrag von Herrn Menzel wird zur Abstimmung gestellt:

Abstimmungsergebnis: 6/2/1

Weitere Hinweise zur Niederschrift gibt es nicht, die Niederschrift wird – vorbehaltlich der Änderung in der Anwesenheit - bestätigt.

Bezüglich der vorliegenden Tagesordnung liegt ein Antrag auf Rederecht zum TOP 3.4 vor.

Die vorliegende Tagesordnung wird mit 9/0/0 bestätigt.

zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 3.1 Buslinien 605 und 606

Vorlage: 13/SVV/0323

Fraktion Potsdamer Demokraten
und OBR Golm und Eiche

Herr Naumann bringt den Antrag ein.

Herr Domnick (Beteiligungsmanagement) äußert stellvertretend für den Bereich Stadtentwicklung-Verkehrsentwicklung, dass dem Wunsch nicht entsprochen werden kann.

Im Vorfeld der Entscheidung für den gegenwärtigen Streckenverlauf hat eine Abwägung stattgefunden. Hierbei wurden unter anderem die Fahrgastzählungen des Verkehrsbetriebes Potsdam berücksichtigt. Die erfassten Ein- und Aussteigerzahlen weisen eine erhöhte Nachfrage gegenüber der früheren Linienführung auf. Auch erfolgte eine Einbeziehung der Einwohner von Eiche und Golm. Diese haben sich für die heutige Relation ausgesprochen, da die Direktanbindung zu kürzeren Fahrzeiten führt. Der Parallelverkehr zur Straßenbahn (Linien 91 und 98) sowie zum Bus 631 in der Zeppelinstraße zwischen Forststraße und Kastanienallee ist verkehrlich nicht erforderlich und wirtschaftlich nicht vertretbar. In diesem Zusammenhang verweist Herr Domnick auf den beschlossenen Nahverkehrsplan. Das Angebot für die Forststraße wird mit der Buslinie 695 den Festlegungen des Nahverkehrsplanes entsprechend befriedigt.

Herr Jäkel berichtet über die im Ortsbeirat Eiche ausführlich erfolgte Beratung. Im Ergebnis wurde im OBR Eiche folgender Änderungsantrag einstimmig angenommen:

"Die Buslinie 605 verbleibt in der Geschwister-Scholl-Straße.

Die Buslinie 606 kann unter der Bedingung der Änderung von Tempo 30 in Tempo 50 in der Forststraße geführt werden."

Der Ausschussvorsitzende ergänzt, dass der OBR Golm den Antrag 13/SVV/0323 mit 0/3/0 abgelehnt hat.

Den Änderungsantrag des OBR Eiche kann Herr Heuer aufgrund der Verknüpfung mit der Tempo 30-Zone nicht nachvollziehen.

Herr Jäkel führt aus, dass er hier das Diskussionsergebnis aus dem OBR Eiche wiedergegeben habe. Die Beschränkung auf Tempo 30 über so eine lange Strecke ist nicht als sachgerecht eingeschätzt worden. Eine Fahrzeitverringerung würde durch die Erhöhung auf Tempo 50 erreicht werden können. Herr Jäkel macht deutlich, dass bei Beibehaltung des Tempo 30 auf der gesamten Strecke die Fahrzeitverlängerung so groß wäre, dass es seitens des OBR Eiche keine Zustimmung geben würde.

Der o.g. Änderungsantrag des OBR Eiche wird zur Abstimmung gestellt:
Abstimmung: 3/6/0 – damit abgelehnt.

Der Ausschussvorsitzende stellt den ungeänderten Antrag 13/SVV/0323 zur Abstimmung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird gebeten, eine der Buslinien 605 und 606 auch nach Beendigung der Bauarbeiten auf der Geschwister-Scholl-Straße vom Bahnhof Park Sanssouci über die Forststraße und die Zeppelinstraße zum Luisenplatz und weiter auf der ursprünglich geplanten Linienführung zum Potsdamer Hauptbahnhof sowie auf dem gleichen Weg zurückzuführen.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|------------------|----------|
| Zustimmung: | 0 |
| Ablehnung: | 4 |
| Stimmenthaltung: | 5 |

Damit empfiehlt der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag abzulehnen.

zu 3.2 Sitzungskalender 2014

Vorlage: 13/SVV/0416

Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
alle Ausschüsse

Der Ausschussvorsitzende informiert, dass Herr Klipp in der Vorbesprechung aus familiären Gründen gebeten habe, lediglich den Sitzungstermin im Januar 2014 vom Donnerstag, 9. Januar auf den Dienstag, 21. Januar 2014 zu verschieben. Die Sitzungstermine im Februar, März und April 2014 könnten auf den im Sitzungskalender ausgewiesenen Donnerstagen verbleiben.

Herr Menzel spricht sich dagegen aus, da er aus privaten Gründen am 21. Januar 2014 nicht kommen könne.

Weitere Änderungswünsche zu den im Sitzungskalender ausgewiesenen Sitzungen des KOUL-Ausschusses erfolgen nicht.

Der Ausschussvorsitzende stellt die Verschiebung vom 9. 1. auf den 21. 1. zur Abstimmung: 7/2/0

Der geänderte Sitzungskalender wird zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Sitzungskalender 2014 als Arbeitsgrundlage für die Stadtverordnetenversammlung, ihre Fraktionen und Ausschüsse sowie für weitere Gremien.

Mit folgender Änderung:

Statt des Sitzungstermines KOUL-Ausschusses 9. Januar 2014 **neu Sitzungstermin 21. Januar 2014.**

Abstimmungsergebnis:

| | |
|------------------|----------|
| Zustimmung: | 8 |
| Ablehnung: | 1 |
| Stimmenthaltung: | 0 |

zu 3.3 Fußgängerampel Bushaltestelle Römerschanze

Vorlage: 13/SVV/0491

Fraktion CDU/ANW

Herr Rietz bringt den Prüfauftrag ein. Er bittet – obwohl im Antragstext nicht ausdrücklich festgehalten - in die Prüfung auch die Frage der Installation einer behindertengerechten Fußgängerampel einzubeziehen.

Herr Klipp sichert dies für die Verwaltung zu.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob an der Bushaltestelle „Römerschanze“ in Neu Fahrland eine Fußgängerampel installiert werden kann.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|------------------|----------|
| Zustimmung: | 8 |
| Ablehnung: | 1 |
| Stimmenthaltung: | 0 |

zu 3.4 Straßenreinigungssatzung 2014/15 - Differenzierung der Reinigungsklasse 3
Vorlage: 13/SVV/0496
Fraktion SPD

Der Ausschussvorsitzende informiert über den vorliegenden Antrag auf Rederecht von Herrn Männecke (Babelsberger Bürger).

Der KOUL-Ausschuss stimmt einstimmig der Gewährung des Rederechtes zu.

Herr Heuer bringt den Antrag ein.

Herr Männecke (Anwohner in der Lutherstraße) informiert, dass auch viele andere Straßen betroffen sind. Er hat Widerspruch erhoben (sh. auch den Ausschussmitgliedern übermittelte e-mail) und hält den 4wöchentlichen Turnus für völlig ausreichend. Herr Männecke macht aufmerksam, dass es sich hier nur um kleine Anliegerstraßen handeln würde und der Verschmutzungsgrad nicht hoch sei. Aus diesem Grunde vertritt er die Auffassung, dass die Stadt ihr Ermessen völlig überschritten habe.

Herr Schenke (Grün- und Verkehrsflächen) informiert, dass der Bereich Verwaltung/Finanzmanagement seit dem 1. Juli 2013 die Aufgaben Straßenreinigung und Winterdienst übernommen hat und die beantragten Änderungen im Satzungsentwurf 2014/15 berücksichtigt wird.

Herr Kirsch bittet um Information, welche Folgen diese Änderungen in der Kalkulation haben werden. Hinsichtlich der Gebührensatzung erinnert Herr Kirsch an den STVV-Beschluss mit dem Auftrag zur Befragung der Grundstückseigentümer, ob diese selbst ihrer Reinigungspflicht nachkommen wollen. Die Information zu dem abschließenden Ergebnis ist bisher nicht erfolgt.

Auch zur Frage der Laubentsorgung verweist Herr Kirsch auf einen Beschluss der STVV vom Juni 2013 und fragt nach der Umsetzung.

Herr Schenke informiert, dass das Ergebnis der Befragung vorliegt und ausgereicht werden könne. Mehrheitlich haben die Anlieger für den Verbleib bei der städtischen Reinigung plädiert. Bei einigen weniger verkehrsbedeutenden Straßen besteht der Wunsch, diese in die Reinigungsklasse 6 einzuordnen. Dem könne gefolgt werden. Zu klären wäre der Umgang mit den Ergebnissen die mehrheitlich (<50%) für einen Verbleib bei der städtischen Reinigung plädiert haben, aber nicht die 66% erreicht haben.

Die Laubentsorgung im Bereich der Reinigungsklasse 6 erfolgt in den Fällen durch die Stadt, wo dem Anlieger wegen der Größe des Laubanfalls eine eigene Entsorgung nicht zuzumuten ist. Hierzu werden mit dem Bereich Grünflächen die Schwerpunkte abgestimmt. Eine separate Gebühr hierfür zu kalkulieren wäre aus Sicht der Verwaltung nicht gerechtfertigt.

Herr Rietz informiert, dass der Intention des Antrages zugestimmt werden könne, aber die Entscheidung mit der Behandlung der gesamten Straßenreinigungssatzung erfolgen solle. Er bittet für eine sachgerechte Entscheidung die Ergebnisse der Bürgerbefragung zu übermitteln.

Der Ausschussvorsitzende bittet Herrn Rietz rechtzeitig einen Verfahrensvorschlag zu erarbeiten.

Herr Jäkel hält es für erforderlich, unverzüglich die angesprochenen Ergebnisse der Befragung und auch die Äußerungen zur Laubentsorgung schriftlich an die Mitglieder des KOUL-Ausschusses zu übermitteln.

Herr Kirsch regt die Umwandlung in einen Prüfauftrag an, da die Thematik in die Gebührenkalkulation einfließt.

Herr Heuer übernimmt die Anregung.

Der durch den Antragsteller geänderte Antrag wird zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, für die Straßenreinigungssatzung 2014/2015 die Einführung einer Reinigungsklasse 3a ~~vorzusehen~~ **zu prüfen**. In diese Reinigungsklasse sollen alle bisher in der Reinigungsklasse 3 aufgeführten Straßen, außer den nachfolgend genannten Straßen, übertragen werden. Folgende Straßen verbleiben in der Reinigungsklasse 3:

- Garnstraße
- Karl-Liebknecht-Str. von Großbeerenstr. bis Semmelweißstr.
- Rudolf-Breitscheid-Str. von Alt Nowawes bis Plantagenstr.
- Tuchmacherstr. von Garnstr. bis Spindelstr.

In der Reinigungsklasse 3a erfolgt in allen Modulen nur noch eine 14tägige Reinigung. In der Reinigungsklasse 3 erfolgt unverändert eine wöchentliche Reinigung in allen Modulen.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|------------------|----------|
| Zustimmung: | 9 |
| Ablehnung: | 0 |
| Stimmenthaltung: | 0 |

zu 3.5 3. Änderungssatzung Abfallgebührensatzung (Abfallgebühren 2014)

Vorlage: 13/SVV/0506

Oberbürgermeister, FB Ordnung und Sicherheit

Frau Kluge (Ordnung und Sicherheit) bringt den Antrag ein.

Diskussionsbedarf besteht nicht.

Die Vorlage wird zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Dritte Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Abfallentsorgung der Landeshauptstadt Potsdam (Abfallgebührensatzung) vom 10.12.2010 (3. Änderungssatzung Abfallgebührensatzung)

Abstimmungsergebnis:

| | |
|---------------|----------|
| Zustimmung: | 8 |
| Ablehnung: | 0 |
| Stimmhaltung: | 1 |

zu 3.6 Bebauungsplan Nr. 25-1 "Hegemeisterweg" Abwägung und Satzungsbeschluss

Vorlage: 13/SVV/0508

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
SB (ff)

Frau Holtkamp (Verbindliche Bauleitplanung) bringt die Vorlage ein.

Herr Henning hält die Bebauungshöhe von 11 m für überdimensioniert, da diese andere Häuser deutlich überragen würde.

Frau Holtkamp führt aus, dass diese Einschätzung durch die Verwaltung nicht geteilt wird. Die Abstimmung mit der Denkmalpflege ist erfolgt.

Die Festsetzungen des Bebauungsplanes sind:

- Für die straßenbegleitende Bebauung eine behutsame Nachverdichtung i.F.v. Einzel- und Doppelhäusern mit 2 +DG, Traufhöhe 7,00 m, Firsthöhe max. 11 m und max. 2 WE.
- Im Inneren und zum Waldrand hin eine Bebauung in "zweiter Reihe" i.F. v. Einzelhäusern (nur Wohnen) mit 1 +DG, Traufhöhe 3,50 m, Firsthöhe max. 8 m und max. 1 WE
- Ein Abstand zw. der "ersten" und der "zweiten" Reihe zur Sicherung der Wohnruhe und der Grünvernetzung von mind. 18 m

In der Öffentlichkeitsbeteiligung ist dies nicht auf Kritik gestoßen.

Herr Menzel erkundigt sich nach dem Naturschutz. Er sieht einen Widerspruch zwischen S. 8 der Begründung – erhebliches Begleitgrün in den Straßen – und dem Abwägungsvorschlag in Anlage 1a - Forderung nach Baumschutzgutachten vor Baubeginn, der durch einen Hinweis auf die Anwendung der Baumschutzsatzung im Baugenehmigungsverfahren begegnet wird.

Frau Holtkamp nimmt Bezug auf die hohe ökologische Qualität der angrenzenden Waldfläche und zeigt anhand des Planes die vorhandene Abgrenzung zum Landschaftsschutzgebiet. In den Festsetzungen erfolgte die Festlegung, dass die Waldstraße nicht unterbaut werden darf und die Ausführung in wassergebundener Decke erfolgen muss. Bereits mit dem Auslegungsbeschluss ist festgelegt worden, ein vereinfachtes Verfahren durchzuführen, so dass nicht nochmals Stellungnahmen zum Naturschutz eingeholt werden mussten.

Herr Jäkel macht aufmerksam, dass die den Ausschussmitgliedern zur Verfügung gestellten Unterlagen nicht vollständig sind. Hier fehlt z.B. die Planzeichnung. Er bittet aus diesem Grunde um Vertagung auf die nächste Sitzung.

Herr Kirsch bittet zusätzlich ein Luftbild (z.B. google earth) zur Verfügung zu stellen, um einen besseren Überblick zu erhalten.

Die Verwaltung sichert dieses zu.

Die Behandlung der DS wird auf die nächste Sitzung vertagt.

zu 3.7 Schulwegsicherheit an der Neuen Grundschule Babelsberg
Vorlage: 13/SVV/0533

Fraktion SPD
B./Sp. (ff)

Herr Heuer bringt den Antrag ein.

Herr Werner (Bildung) bringt zum Ausdruck, dass in dem Antrag nicht klar definiert sei, welche Schule gemeint ist. Die Neue Grundschule Babelsberg ist die Schule in der Flotowstraße. Darauf habe er sich vorbereitet. Aus der Einbringung von Herrn Heuer geht hervor, dass diese gar nicht gemeint sei, sondern die evangelische Grundschule in Babelsberg.

Herr Heuer bittet als Antragsteller um Entschuldigung.

Herr Dr. Gunold macht aufmerksam, dass in der vergangenen STVV bereits ein anderer Beschluss gefasst worden ist, mit dem Auftrag durch geeignete Maßnahmen vor der Evangelischen Grundschule die Sicherheit der Schüler zu erhöhen.

Herr Heuer sichert zu, dies bis zur nächsten Sitzung zu klären.

zu 3.8 Errichtung eines Havelstrandbades Potsdam - West
Vorlage: 13/SVV/0540

Fraktion CDU/ANW

FA, SB, B./Sp. (ff)

Herr Rietz bringt den Antrag ein.

Herr Jäkel stellt den Vergleich zu den im Antrag genannten aufgeführten Bädern Strandbad Babelsberg und Templin an und betont, dass in Potsdam-West keine annähernd große Fläche zur Verfügung stünde.

Frau Lentz erinnert an die Bemühungen für freie Uferwege. Die Umsetzung des Antrages würde eigenen Beschlüssen zuwider laufen.

Herr Schütt macht aufmerksam, dass im Antrag keine Aussage zur Größe des Havelstrandbades Potsdam-West gemacht wird.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob ein Havelstrandbad Potsdam-West nach dem Vorbild des Strandbades Babelsberg oder dem Waldbad Templin am Ufer der Havel zwischen der Fähre Hermannswerder und dem Areal an der Pirschheide zum Beginn der Badesaison 2014 eingerichtet werden kann. Es soll von der Bäderlandschaft Potsdam GmbH betrieben werden. Das Strandbad soll dort angelegt werden, wo die Havel breit genug ist, damit sich Schwimmer und Schiffsverkehr nicht behindern. Es ist zu prüfen, welches Grundstück für diesen Zweck geeignet ist und ob in der Nähe Parkmöglichkeiten eingerichtet werden können. Das Havelstrandbad soll eingezäunt und bewacht sein und Spielplätze und Versorgungseinrichtungen nebst Sanitäreinrichtungen enthalten. Darüber hinaus soll es für Kindergärten und Schulen die Möglichkeit zum Baden und zur Abnahme von Schwimmprüfungen geben. Die Eintrittspreise sollen so moderat sein, wie in den anderen, von der Stadt betriebenen Strandbädern

Abstimmungsergebnis:

| | |
|---------------|---|
| Zustimmung: | 1 |
| Ablehnung: | 3 |
| Stimmhaltung: | 5 |

Damit empfiehlt der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag abzulehnen.

zu 3.9 Theodor-Echtermeyer-Straße als verkehrsberuhigter Bereich

Vorlage: 13/SVV/0544

Fraktion CDU/ANW

Herr Rietz bringt den Prüfauftrag ein.

Herr Klipp sichert für die Verwaltung die Prüfung zu.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, die Umwidmung der Theodor-Echtermeyer-Straße zum verkehrsberuhigten Bereich zu prüfen.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|------------------|---|
| Zustimmung: | 9 |
| Ablehnung: | 0 |
| Stimmenthaltung: | 0 |

zu 3.10 Untersuchung zum fahrscheinlosen ÖPNV

Vorlage: 13/SVV/0517

Oberbürgermeister, Beteiligungsmanagement
SB

Herr Domnick (Beteiligungsmanagement) stellt den auch in der Mitteilungsvorlage abgebildeten Umsetzungsvorschlag der beteiligten Bereiche Stadtentwicklung-Verkehrsentwicklung und Beteiligungsmanagement vor und skizziert nochmals die Themenschwerpunkte und wesentlichen Inhalte der angestrebten externen Untersuchung sowie die weiterhin vorgesehenen Abstimmungen.

Herr Naumann hält die genannten inhaltlichen Schwerpunkte für richtig. Bzgl. der angesprochenen Arbeitsgruppe sollte die AG Verkehrstisch nur mitwirken. In diesem Zusammenhang informiert er, dass die belgische Stadt Hasselt, welche in der Vergangenheit häufig als Pilotprojekt für eine erfolgreiche Umsetzung eines fahrscheinlosen ÖPNV genannt wurde, diesen kostenlosen Verkehr mit Wirkung eingestellt habe.

Herr Schütt spricht das Pendlerproblem an. Dies ist seines Erachtens noch nicht ausreichend berücksichtigt worden. Am Bsp. Tallin erläutert er, dass die Anspruchsberechtigung nur für Talliner gilt und durch entsprechende Kontrolle Nichtanspruchsberechtigte zur Zahlung angehalten werden.

Bezug nehmend auf Tallin, verweist Herr Domnick auf das Bürgerticket, welches Bestandteil der Analyse verschiedener Finanzierungsmöglichkeiten ist. Herr Domnick informiert darüber, dass die starken Touristen- und Pendlerströme auf dem Gebiet der LHP und sich daraus ergebene Chancen, Risiken sowie Notwendigkeiten, wie .z.B. das Vorhalten einer Kontrollinstanz und deren –häufigkeit in der Untersuchung berücksichtigt werden. Ebenso werden durch die Einbindung des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg (VBB) und der Verkehrsbetrieb Potsdam GmbH (ViP) Aussagen hierzu erfolgen.

Herr Heuer schließt sich dem Hinweis von Herrn Naumann bzgl. der Arbeitsgrup-

pe unter Verweis auf den Beschluss an.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung nimmt die Mitteilungsvorlage 13/SVV/0517 zur Kenntnis.

zu 3.11 Bekämpfungsmaßnahmen gegen den Eichenprozessionsspinner in 2013 (Erfahrungsbericht)

Vorlage: 13/SVV/0549

Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen

Herr Schenke (Grün- und Verkehrsflächen) informiert über den erreichten Stand.

Diskussionsbedarf besteht nicht.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung nimmt die Mitteilungsvorlage 13/SVV/0549 zur Kenntnis.

zu 3.12 Prioritätenliste Winterreinigung

Vorlage: 13/SVV/0550

Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen

Herr Schenke (Bereich Verwaltung/Finanzmanagement) informiert zu den Prioritäten.

Herr Kirsch erkundigt sich nach der Reinigung der behindertengerechten Parkplätze.

Herr Schenke teilt mit, dass Behindertenstellplätze nicht grundsätzlich im Winter geräumt werden. Die Stadt bietet aber als Service an, in Einzelfällen dies sicher zu stellen. Da diese Leistung mit der Räumtechnik für die Fahrbahnen nicht erfolgen kann, müssen dann Lösungen mit den Anliegern oder den Wohnungsgesellschaften gefunden werden, um dies dort wo es erforderlich ist sicher zu stellen.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung nimmt die Mitteilungsvorlage 13/SVV/0550 zur Kenntnis.

zu 4 Mitteilungen der Verwaltung

zu 4.1 Information zum Einsammeln, Befördern bzw. zur fachgerechten Verwertung von Alttextilien und Altschuhen in der Landeshauptstadt Potsdam

Bereich Ordnung und Sicherheit

Frau Kluge informiert zur Ausgangssituation:

Entsprechend der Abfallentsorgungssatzung betreibt die Landeshauptstadt Potsdam (LHP) seit dem Jahr 1991 die getrennte Erfassung von Alttextilien im

Bringsystem über zentral im Stadtgebiet aufgestellte Sammelcontainer. Es erfolgten regelmäßig Ausschreibungen. Die entsprechenden Vertragsabschlüsse mit dem Drittbeauftragten wurden im Amtsblatt bekannt gegeben.

Um dieser Entwicklung zu begegnen ist es erforderlich, das seit 1991 vorhandene flächendeckende Altkleidercontainersammelsystem fortzuführen. Die derzeitige Vertragsbindung läuft zum 31. März 2014 aus. Um das eigene System fortzuführen und um einen Wildwuchs an Altkleidercontainern in Potsdam zu verhindern, ist eine europaweite Ausschreibung dieser Leistung gemäß § 3 EG Abs. 1 Satz 1 VOL/A in einem offenen Verfahren erforderlich. Die Zuschlagskriterien werden zur Information dem Protokoll als Anlage beigelegt.

Aus den vorgenannten Gründen wird durch den Bereich Ordnung und Sicherheit die notwendige europaweite Ausschreibung vorbereitet.

zu 5 Sonstiges

Herr Henning bittet in der nächsten Sitzung um einen zusätzlichen TOP zur Parksituation Bernhard-Kellermann-Str. und um Information zur Grundstückszufahrt zur Drewitzer Straße.

Herr Klipp informiert, dass Maßnahmen zum Schutz der außerordentlich schützenswerten Bäume an der Bernhard-Kellermann-Straße notwendig waren. Es ist kein Wegfall von öffentlichen Stellplätzen erfolgt. Er macht deutlich, dass der Baumschutz absolut vorgehe. Die Verwaltung sei zum Eingriff verpflichtet. (z.Bsp. Potsdamer Baumschutzverordnung).

Herr Henning äußert Unverständnis, es gehe ihm auch um die Frage, ob die Grundstückszufahrt zur Drewitzer Str. geduldet ist oder nicht.

Herr Klipp bittet Herrn Henning um die Übermittlung von ein paar Stichworten und einer Skizze, um eine entsprechende Vorbereitung zu veranlassen.

Herr Jäkel nimmt Bezug auf die Anzeige auf der elektronischen Tafel. Dort ist ab dem 27.9.13 angekündigt, dass nur 1 Spur in der Breiten Straße zur Verfügung stehen wird. Herr Jäkel fragt, ob es während dieses Zeitraumes geplant ist, zusätzlich den Umweg über die Henning-von-Tresckow-Str. einzurichten.

Herr Klipp äußert, dass er davon ausgehe. Sollte dies nicht so sein, wird er informieren.

